

## DIE QUAL DER WAHL

Die immer stärker spürbare Wahlverweigerung hat viele Ursachen. Eine davon ist das Gefühl der Wähler, dass ihre Stimme nichts bewirkt (auch, weil den Wahllügen beider Lager niemand mehr glaubt). Dieses Gefühl ist falsch. Denn jede Stimme wird gezählt – so lange sie auf einen der beiden Parteimachtblöcke fällt; sonst ist sie hinfällig (→ QBL 02 Die heiligen 5 %).

Nun könnte das eine Lager gegenüber dem anderen eine Alternative darstellen. Das jedoch ist zunehmend immer weniger der Fall, sodaß wir uns US-Verhältnissen nähern. **Wir haben keine Wahl mit unserer Wahl.**

Dies liegt daran, dass die Parteien infolge der Bevölkerungsstruktur darauf aus sind, die „Mitte“, die größte Zahl der Wähler zu erreichen und ihre Programme darauf entsprechend abstimmen. Dazu kommt, das infolge von früheren Regierungsmiswirtschaften (z. B. die Überschuldung (→ QBL 33 Die große Depression, QBL 34 Verschuldung, QBL 38 Die Zinsenfälle)) Handlungsspielraum so eng geworden ist, dass kaum Innovationen möglich sind.

**Diesen Verlust an Stimmenmacht ist zu begegnen. Es kann nicht Prinzip eines demokratischen Systems sein, den Wahlgang zu einer wichtigen Betätigungsgeste herabzuwürdigen.**

Zu diesem geschilderten Missstand kommen noch die Nachwahl-Kungeleien der Parteien. Dazu ein Beispiel: In Verfolgung der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (1998) lässt sich die Nichtigkeit der Stimmenabgabe des mündigen Bürgers darstellen. Im davorliegenden Wahlgang gab die Mehrheit der CDU die Stimme. Die abgeschlagene Partei, die SPD aber schloss klammheimlich ein Duldungsabkommen mit der altkommunistischen, allseits angeblich verfeimten PDS und wurde damit Sieger. Bei der folgenden Wahl erhielt der frühere „Sieger“ eine katastrophale Nieder-

lage. Dadurch könnte die CDU in's Parlament kommen, denn die PDS hatte der SPD schon angekündigt, die Tolerierung nicht mehr mitzumachen und stattdessen eine Koalition zu fordern, welche die SPD vor der Wahl aus Angst, Stimmen zu verlieren, nicht bestätigen wollte. Da aber die Rechts- und Linksmehrheitsbeschaffer FDP und Grüne unter die 5 %-Hürde abgefallen waren, bleibt wohl nichts anderes übrig, als eine große Koalition zu bilden, weil (noch!) niemand wagt, mit den erstarrten DVU-Leuten zu koalieren. Einen Monat später tritt die PDS von ihrer Vorderwahlforderung zurück und verlangt keine Koalition, sondern „duldet“ die SPD. Mit welchen Kungeleien? Man sieht, das Thema ist unerschöpflich.

In solch unvorhersehbarer Weise wird die ansonsten doch hochheilig gelobte Mehrheit in Frage gestellt. Ist es ein Wunder, dass der mündige Bürger und wohl mehr noch der noch nicht ganz mündige und viel mehr noch der (ewig) unmündige Bürger die Sache (Wahl) leid wird?

**Wir müssen uns überlegen, welches System wir installieren wollen, um die Nach-Wahl-Schiebereien zu unterbinden.**

Nach den vollendeten Kungeleien, die man durchaus als Wahlbetrug ansehen kann, jedenfalls als Missachtung des Wählerwillens, gehen die Ungereimtheiten weiter. Auch hierzu ein Beispiel: Bei der „Reform 2002“ wurde die Mehrwertsteuer für Bahnfahrten gesenkt, weil statistische Untersuchungen ergaben, dass dadurch die Stammwähler der Grünen zufriedengestellt werden. Zugleich aber wurde die Mehrwertsteuer für landwirtschaftliche Vorprodukte erhöht, weil nach der Statistik nur wenige Bauern SPD wählen. Das nennt man dann Sachentscheidungen (wobei die meisten solcher heimlichen „Sachzwänge“ sicherlich unentdeckt bleiben).

Offensichtlich als Resultat aus dieser erkannten Lahmlegung des Bürgerwillens wandten immer mehr Stammwähler „ihren“ Parteien den Rücken und wurden zu strategischen Wählern. Mit der Annäherung der Parteiprogramme, d. h. mit der Austauschbarkeit der Parteien ist auch dieses letzte bisschen Einfluss des Wählers zunichte geworden.

Bleibe noch, sich in die wachsende Zahl der Verweigerer einzureihen. Der Nichtwähler jedoch bewirkt durch seine Stimmenthaltung gerade das, was er zu vermeiden sucht, er stärkt diejenigen, die er eigentlich abwählen möchte.

Die Qual der Wahl betrifft aber nicht allein die Wähler. Die Gewählten sind oft genauso ohne Möglichkeit der Alternative. Nehmen wir beispielsweise einen Bundeskanzler, der gegen die Aussagen/Versprechen der eigenen Partei handelt. Seine Parteigenossen können zwar lautstark dagegen argumentieren, zum Misstrauensvotum mit Hilfe der Opposition würden sie es jedoch kaum kommen lassen, da dies bedeuten würde, sie von den Fleischtöpfen zu vertreiben. Also schlucken sie die Kröte.

Selbst die Volks-Vertreter in den höchsten Ämtern „haben (sehr oft) keine Wahl“ mehr. Sie agieren zunehmend als Handlanger und Marionetten für das Finanzestablishment (so besonders deutlich bei Bush II und seiner Clique). Es ist aufschlussreich, dass noch kein „Staatsmann“ sein Amt mit der Erklärung hingeworfen hat, er handele unter Zwängen, die nichts mit dem Wählerwillen zu tun haben.

Diese Situation weist fatale Ähnlichkeit mit dem Ein-Parteien-Staat auf, bei dem die Wahl eine Farce darstellt. Wollen wir weiter so tun, als stünde alles zum besten? Wir müssen unsere Vertreter in die Pflicht nehmen und alles tun, die politische Polarität wiederherzustellen: